

Dr. Danyal Bayaz

(A) Ja, es wurde geprüft. Ich gebe Ihnen ein Beispiel. Es gibt das Sondergutachten von KPMG. Dieser Bericht wurde am 27. April 2020, also in diesem Jahr, vorgelegt. Auf Seite 16 kann man dort schwarz auf weiß nachlesen, dass auf Treuhandkonten rund 1 Milliarde Euro fehlt. Am 27. April wurde dieser Bericht vorgelegt! Was ist in der Zwischenzeit passiert? Der Aktienkurs ist kollabiert. Gegen den Vorstand wird ein Haftbefehl erlassen. Die Insolvenz von Wirecard wird beantragt.

Nach alledem hat die DPR gestern eine Pressemitteilung veröffentlicht. Da heißt es – ich zitiere –:

Nach Erhalt des vollständigen Berichts über die Sonderuntersuchung Ende April 2020 wurde dieser ausgewertet, das Unternehmen Wirecard noch einmal angeschrieben und die Antworten ausgewertet, sodass das Verfahren auf Ebene der DPR im Juli 2020 beendet sein dürfte.

Im Juli 2020, also jetzt, wo das Unternehmen bereits insolvent ist!

Meine Damen und Herren, wir haben es hier offenbar mit Strukturen zu tun, die effektive Prüfungen geradezu unmöglich machen. Der Finanzminister steht jetzt auch persönlich in der Verantwortung, jeden Stein umzudrehen, auch seinen eigenen. Er ist in der Pflicht, die Aufsicht so aufzustellen, damit sie endlich ihren Job machen kann, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP und der LINKEN)

(B) Es hat allerdings jetzt nicht gerade einen vertrauenswürdigen Eindruck gemacht, wie der Finanzminister den Wirecard-Absturz letzte Woche kommentiert hat. Zuerst hat er ja erklärt: Die Aufsichtsbehörden haben echt hart gearbeitet. – Kurze Zeit später, Stunden später, hat er eine Kehrtwende hingelegt und hat gesagt, na ja, die Wirtschaftsprüfer und die Finanzaufsicht seien dann doch nicht so effektiv gewesen.

Ich kann wirklich verstehen, dass ein hochbeschäftigter Finanzminister in einer akuten Coronakrise nicht jedes Detail im Blick haben kann. Aber diese Geschichte gibt es ja nun mal nicht erst seit gestern. Es gibt seit Jahren immer wieder Vorwürfe wegen gefälschten Bilanzen. Journalistinnen und Journalisten im Ausland haben den Finger immer wieder in die Wunde gelegt. Zum Dank wurden sie übrigens von staatlichen Behörden angezeigt. Wir sprechen hier von einem DAX-Konzern. Ich glaube, so was muss dann auch irgendwann mal im Laufe der Zeit über den Schreibtisch eines Ministers gegangen sein. Auch das muss Teil der Aufklärung sein, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP und der LINKEN)

Ja, die Finanzaufsicht ist eine wichtige, ist eine unverzichtbare Institution der sozialen Marktwirtschaft. Sie kann Vertrauen schaffen; sie kann aber auch welches zerstören. Damit sie Vertrauen schaffen kann, müssen die Strukturen stimmen. Dafür müssen da Leute arbeiten,

die Probleme erkennen, die sie voraussehen, die nicht lockerlassen. (C)

Bei allem Respekt: Das können eben nicht nur Juristen sein. Da brauchen wir IT-Experten. Da brauchen wir Informatiker. Da brauchen wir auch Leute, die kriminalistisch denken können. Wenn man diese Experten haben möchte, dann muss man sie auch entsprechend gut bezahlen. Sonst kommen sie nicht; sonst laufen Staat und Aufsicht den Entwicklungen immer wieder hinterher, so wie die DPR, die heute noch die Bilanz von Wirecard prüft, um das rauszubekommen, was eigentlich schon jeder weiß und was in jeder Tageszeitung steht, meine Damen und Herren.

Deswegen: Die Aufgabe des Finanzministers ist es jetzt, eine konsequente Neuaufstellung der Finanzaufsicht auf den Weg zu bringen – keine Minireform –, eine Neuaufstellung, die klare, verbindliche, effektive Strukturen schafft, die den technologischen Entwicklungen an den Märkten auch gerecht wird und die vor allem den nächsten Skandal verhindert.

Sie haben da über die Sommerferien, glaube ich, die Aufgabe vor sich, genau das auszuarbeiten. Wir sind ganz gespannt auf Ihre Vorschläge.

Herzlichen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP und der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

(D) Vielen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Kollege Matthias Hauer, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Matthias Hauer (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Skandal um den Finanzdienstleister Wirecard hat den Finanzplatz Deutschland erschüttert. 1,9 Milliarden Euro, angeblich angelegt auf philippinischen Treuhandkonten: verschwunden oder nie dagewesen? Ein Drittel der Bilanzsumme des Unternehmens: eine Fata Morgana? Durchsuchungen, Haftbefehle, ewig andauernde Prüfungen, ein DAX-Konzern im Sturzflug: Da gibt es sehr viel aufzuklären.

Dabei gehören Versäumnisse schonungslos auf den Tisch. Das sind wir Anlegern, Mitarbeitern, Investoren, aber auch allen anderen Akteuren am Finanzmarkt schuldig. Unternehmen und Finanzaufsicht müssen verlässlich und ordnungsgemäß agieren. Ein solcher Fall darf sich in Deutschland nicht wiederholen. Wir als CDU/CSU erwarten, dass der Skandal konsequent und lückenlos aufgeklärt wird, sowohl strafrechtlich als auch aufsichtsrechtlich und politisch.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die bislang enthüllten Vorgänge bei Wirecard sind nicht nur ein Bilanzskandal. Sie sind ein einmaliger Vorgang in der deutschen Wirtschaftsgeschichte. Strafrechtlich ist zunächst die zuständige Ermittlungsbehörde, die

Matthias Hauer

- (A) Staatsanwaltschaft, in der Pflicht. Hier laufen die Ermittlungen. Wir haben die Erwartung, dass diejenigen, die Straftaten begangen haben, mit aller Härte des Gesetzes zur Rechenschaft gezogen werden.

Aufsichtsrechtlich und politisch ist der Fall aber ebenso aufzuklären. Da komme ich nicht umhin – Dr. Bayaz hat es gerade auch schon erwähnt –, mich mit der ersten Reaktion unseres Bundesfinanzministers zum Fall Wirecard auseinandersetzen. Olaf Scholz hat am vorletzten Montag noch gesagt, die Aufsichtsbehörden hätten im Fall Wirecard ihren Job gemacht. – Das war in höchstem Maß irritierend. Was heißt „ihren Job gemacht“? Heißt das „Weiter so“? Heißt das „Alles richtig gelaufen“? Das klingt jedenfalls nicht wie der Startschuss für eine dringend notwendige politische Aufarbeitung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Und BaFin-Chef Felix Hufeld hat sich am selben Tag schon deutlich klarer geäußert. Er hat von einem „Desaster“ gesprochen. Immerhin äußert sich mittlerweile auch Olaf Scholz anders. Er muss raus aus der Defensive und mit konsequenter Aufklärungsarbeit beginnen. Wir haben dem BMF viele Fragen gestellt, auch zu seiner eigenen Rechts- und Fachaufsicht über die BaFin. Unser gemeinsames Ziel muss es sein, Lücken und Schwächen im Aufsichtsregime zu schließen.

- (B) Gestern im Finanzausschuss ist uns Herr Hufeld auf unsere Fragen keine Antworten schuldig geblieben. Ich hoffe, das bleibt so. Wir dürfen erwarten, dass die BaFin nicht nur eine starke Aufsicht ist, sondern auch stark in der Aufarbeitung des Falls Wirecard mitarbeitet.

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Na ja! Mein Vertrauen ist geschwunden!)

Zudem müssen wir klar beantworten, was Kernaufgaben der BaFin sind, und vor allem, was sie nicht sind. Dazu gehört zum Beispiel nicht das Führen von Vergleichswebsites für Bankgebühren; das hatten die Grünen in der letzten Sitzungswoche beispielsweise beantragt. Dazu gehört aber auch nicht die zusätzliche Aufsicht über 38 000 Finanzanlagenvermittler, was Anliegen der SPD ist.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir alle in diesem Hohen Hause sollten politisch dazu beitragen, dass sich die BaFin auf ihre Kernaufgaben konzentrieren kann. Das ist – Fall Wirecard lässt grüßen – bitter nötig. Zahlreiche Problemfelder gilt es nun in den folgenden Wochen und Monaten zu beleuchten. Vier will ich Ihnen exemplarisch nennen:

Erstens: die Rolle der Wirtschaftsprüfer. Dazu wurde gerade schon einiges gesagt; dazu wird gleich Kollege Fritz Güntzler noch einiges mehr sagen. Deshalb will ich mich darauf beschränken, das anzusprechen.

Punkt zwei: das zweistufige Verfahren der Bilanzprüfung. Wieso hat es Probleme nicht ans Licht gebracht? Hatte die BaFin das Recht, selbst tätig zu werden, Sonderprüfungen durchzuführen? Oder braucht die BaFin

exakt solche Rechte in jedem Stadium des Verfahrens? (C) Das gilt es zu klären.

Der dritte Punkt: die Rolle der Deutschen Prüfstelle für Rechnungslegung. Wie kann es sein, dass die Prüfung weit über ein Jahr dauert? Die DPR hat betont, dass ihre Prüfungen derzeit streng nach den Vorgaben der Ministerien von Frau Lambrecht und Herrn Scholz erfolgen und dass sie – so steht es in der Pressemitteilung – von der Vertragskündigung durch die beiden Ministerien aus der Presse erfahren hat. Auch zu Ablauf und Dauer der Verfahren gibt es reichlich Klärungsbedarf.

Vierter und letzter Punkt: die Beaufsichtigung von Fintechs. Ob ein Unternehmen Finanzholding oder Technologieunternehmen ist, hier muss Klarheit bei der Aufsicht her. Gerade bei großen Playern mit einem Labyrinth aus ausländischen Beteiligungen muss im Zweifel eine stärkere Aufsicht erfolgen.

Abschließend bleibt festzustellen: Jetzt ist das Bundesfinanzministerium am Zug. Wir erwarten kurzfristig Antworten auf unsere Fragen. Ich nehme an, dass der Finanzminister heute nicht da ist, weil er gerade an der Beantwortung unserer Fragen intensiv arbeitet. Wir brauchen ein BMF-Konzept, aus dem hervorgeht, wie solche Unternehmen wirksamer kontrolliert werden können. Der Fall Wirecard erfordert unseren vollen Einsatz.

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Kommen Sie zum Schluss, bitte.

Matthias Hauer (CDU/CSU):

(D)

Auch wenn morgen die parlamentarische Sommerpause beginnt, sage ich deutlich: Wir als Union stehen zur Aufklärung bereit, auch für mögliche Sondersitzungen des Finanzausschusses während der Sommerpause.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie des Abg. Dr. Danyal Bayaz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Herr Kollege Hauer.

Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, liebe Kolleginnen und Kollegen, will ich aus Fürsorgegründen darauf hinweisen, dass wir mächtig hängen; wir sind mit dem Sitzungsende schon bei Freitagmorgen. Ich bitte die Parlamentarischen Geschäftsführer, vielleicht schon jetzt mal darüber nachzudenken, welche Lösungsmöglichkeiten es im Laufe des Abends geben könnte, um die Sitzungsdauer doch wieder auf das Normalmaß zu reduzieren. Das war die ursprüngliche Absicht im Zusammenhang mit der Tatsache, dass wir jetzt auch am Mittwoch länger tagen. Es war nicht die Absicht, am Donnerstag über Mitternacht hinaus zu tagen. Also: Meine herzliche Bitte sollte vielleicht erhört werden.

Als nächster Redner hat das Wort der Kollege Kay Gottschalk, AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)